

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Verkehrsausschusses (15. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 20/5545 –**

**A 100 fertig bauen**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Pascal Meiser,  
Thomas Lutze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/1913 –**

**A 100 qualifiziert beenden**

**A. Problem**

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der CDU/CSU hat einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den 16. Bauabschnitt der Bundesautobahn 100 zeitnah fertig zu stellen, sowie den Bau des 17. Bauabschnitts auf den Weg zu bringen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. hat einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Autobahn GmbH des Bundes anzuweisen, die ausgeschriebene Vergabe von Planungsleistungen für den 17. Bauabschnitt der A 100 in Berlin zu stoppen. Zudem wird gefordert, den 16. Bauabschnitt nicht zu eröffnen, bevor ein mit dem Land Berlin abgestimmtes Verkehrskonzept vorliegt.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/5545 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1913 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Zu den Buchstaben a und b

Annahme des Antrags.

## **D. Kosten**

Zu den Buchstaben a und b

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 20/5545 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 20/1913 abzulehnen.

Berlin, den 12. April 2023

### **Der Verkehrsausschuss**

**Udo Schiefner**  
Vorsitzender

**Bernd Reuther**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Bernd Reuther

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/5545** in seiner 85. Sitzung am 9. Februar 2023 beraten und hat ihn an den Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/1913** in seiner 73. Sitzung am 1. Dezember 2022 beraten und hat ihn an den Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Neben dem Weiterbau des 16. Bauabschnitts der Bundesautobahn 100 fordern die Antragsteller, den Bau des 17. Bauabschnitts auf den Weg zu bringen und dabei flankierende Maßnahmen bei der Planung zu berücksichtigen. So solle ein parallel zur Autobahn verlaufender Radschnellweg gebaut sowie Photovoltaikanlagen über der Autobahn und E-Ladesäulen in den angrenzenden Bereichen errichtet werden. Des Weiteren soll die Installation innovativer Schallschutzmauern Berücksichtigung finden. Die Antragsteller fordern ferner, dass Grün-, Sport und Freizeitflächen im Umfeld der Autobahn geschaffen werden sollen. Schließlich sollen verkehrsberuhigende Maßnahmen in den anliegenden Stadtteilen sowie neue zentrale Standorte beispielsweise für die Kreativwirtschaft und die Clubszene Berlins in der Planung des 17. Bauabschnitts berücksichtigt werden.

Planung, Genehmigung und Bau von Infrastrukturprojekten sollen nach dem Willen der Antragsteller durch weitere Maßnahmen zur maximalen Beschleunigung der diesbezüglichen Prozesse und Verfahren durch die Bundesregierung vorangetrieben werden.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller führen aus, dass der Weiterbau der A 100 in Berlin über den derzeit in Bau befindlichen 16. Bauabschnitt hinaus aus Gründen des Klimaschutzes, aus städtebaulichen Gründen und aus Gründen der Haushaltssparsamkeit abzulehnen sei. Es bestehe auch bestehe keine Verpflichtung, die Planungen für den 17. Bauabschnitt jetzt aufzunehmen, zumal die Bundesregierung es versäumt habe, die gemäß § 4 des Fernstraßenausbaugesetzes nach Ablauf von jeweils fünf Jahren gebotene Bedarfsplanüberprüfung rechtzeitig bis zum 23. Dezember 2021 vorzulegen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/5545 in seiner 32. Sitzung am 15. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der Rechtsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/5545 in seiner 44. Sitzung am 15. März 2023 beraten. Den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)147 hat er mit den Stimmen der

Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt. Der **Rechtsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD, den Antrag auf Drucksache 20/5545 abzulehnen.

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/5545 in seiner 37. Sitzung am 15. März 2023 beraten. Den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)147 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt. Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD, den Antrag auf Drucksache 20/5545 abzulehnen.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz hat den Antrag auf Drucksache 20/5545 in seiner 36. Sitzung am 15. März 2023 beraten. Den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)147 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt. Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD, den Antrag auf Drucksache 20/5545 abzulehnen.

Der Ausschuss für Tourismus hat den Antrag auf Drucksache 20/5545 in seiner 33. Sitzung am 15. März 2023 beraten. Den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)147 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt. Der **Ausschuss für Tourismus** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD, den Antrag auf Drucksache 20/5545 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/5545 in seiner 37. Sitzung am 15. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/5545 in seiner 54. Sitzung am 15. März 2023 beraten. Den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)147 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt. Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 20/5545 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/1913 in seiner 39. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu Buchstabe a

Der Verkehrsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/5545 in seiner 38. Sitzung am 29. März 2023 beraten. Die Fraktion der AfD hat zu diesem Antrag einen Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 20(15)147 mit folgendem Inhalt eingebracht:

„Änderungsantrag

*der Abgeordneten Dr. Dirk Spaniel, Wolfgang Wiehle, René Bochmann, Dirk Brandes, Thomas Erhorn, Leif-Erik Holm, Dr. Rainer Kraft, Mike Moncsek,*

*zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU*

- Drucksache 20/5545 -

A 100 fertig bauen

Der Ausschuss wolle beschließen:

II. 2 wird wie folgt neu gefasst:

*Die vormalige A 104 ist eine wichtige Ergänzung des Berliner Stadtrings (A 100). Sie verlagert den motorisierten Individualverkehr zwischen den Stadtteilen Lichterfelde und Lankwitz einerseits und Wilmersdorf andererseits aus Stadtstraßen auf ein Autobahnverbindungsstück. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dieses Teilstück wieder in die Baulast der Autobahn GmbH des Bundes zu überführen und eine Sanierung mit den dafür in Kapitel 1201 (Bundesfernstraßen Planung, Bau, Erhaltung und Betrieb der Bundesfernstraßen), Titel 891 11 – 721 (Investitionen der "Die Autobahn GmbH des Bundes") zur Verfügung stehenden Mitteln zu finanzieren.*

*Begründung*

*Die im Planungsprozess gemeinsam mit dem Land Berlin zu berücksichtigenden Maßnahmen fallen nicht in die Sphäre des Bundes und können nicht durch den Bundeshaushalt finanziert werden, insbesondere neue, zentrale Standorte für die „Kreativwirtschaft und die Clubszene Berlins“, was immer die antragstellende Fraktion damit meint und davon zu verstehen vorgibt.*

*Die vormalige A 104 ist eine wichtige Ergänzung des Berliner Stadtrings (A 100). Sie verlagert den motorisierten Individualverkehr zwischen den Stadtteilen Lichterfelde und Lankwitz einerseits und Wilmersdorf andererseits aus Stadtstraßen auf ein Autobahnverbindungsstück. Sie wurde zum 1. Januar 2006 zu einem Ast der A 100 herabgestuft und hat deshalb keine eigene Nummer mehr.*

*Im Bereich der letzten ca. 1384 Meter langen Teilstrecke zwischen den Anschlussstellen Mecklenburgische Straße und Schildhornstraße (Kilometrierung 1,210 bis 2,594) einschließlich der Überbauung Schlangensbader Straße wurde die ehemalige A 104 gemäß § 2 Abs. 4 und 6 des Bundesfernstraßengesetzes ab 2006 zur Straße 1. Ordnung mit Autobahncharakter nach dem Berliner Straßengesetz abgestuft. Sie fällt daher in die Baulast des Landes Berlin. Seither ist ein deutlicher Verfall des Straßenzustands und die Angleichung an den allgemein beklagenswerten Zustand Berliner Straßen festzustellen. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit musste von 80 km/h auf 60 km/h herabgesetzt werden. Deshalb ist eine Sanierung dringend erforderlich.*

*Es ist widersinnig, den Weiterbau der A 100 zu fordern, gleichzeitig aber ein Teilstück dieses Stadtrings stillzulegen, wie von Teilen der Berliner CDU angestrebt.“*

Zu Buchstabe b

Der Verkehrsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/1913 in seiner 38. Sitzung am 29. März 2023 beraten.

Zu den Buchstaben a und b

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, dass das Thema der A 100 von einem langanhaltenden Disput begleitet werde, der sowohl dem Ministerium als auch den Planern die Arbeit erschwere. Derzeit finde die Bedarfsplanüberprüfung statt, deren Ergebnisse wahrscheinlich Ende des Jahres vorliegen würden und an denen sich das weitere Vorgehen orientieren werde. Die Planung von Verkehrsprojekten könne man nicht von den Konstellationen in den jeweiligen Landesregierungen abhängig machen, so wichtig diese auch seien. Wichtig für Verkehrsprojekte seien klare verkehrliche Maßstäbe. Von daher seien beide Anträge derzeit nicht zustimmungsfähig.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass die Verlängerung der Stadtautobahn bis zur Frankfurter Allee eine große Entlastungswirkung für die Berliner Innenstadt haben werde. Mit dem Weiterbau der Autobahn habe man auch die Chance, positive Effekte für das Klima zu erzielen. Mit der neuen Regierung in der Stadt Berlin werde man sinnbildlich Brücken bauen und auch die Akzeptanz für diese Maßnahme schaffen können, um den Weiterbau miteinander umsetzen zu können.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, im Hinblick auf den Antrag der Fraktion der CDU/CSU, dass mit dem dort geforderten künftigen Weiterbau der A 100 Wohnungen, Clubs und eine Schule für Behinderte abgerissen werden müssten und damit ein Stück Berlin zerstört würde. Verkehr würde damit mitten in die Stadt und in die Kieze gebracht werden. Daher lehne man den Antrag der CDU/CSU-Fraktion ab und warte auf die

Ergebnisse der Bedarfsplanüberprüfung durch das BMDV, um auf dieser Grundlage den Infrastrukturdialog weiter zu führen.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, das gesamte Projekt sei sehr weit fortgeschritten und solle jetzt auch zu Ende geführt werden. Die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner wünsche sich ebenfalls, dass diese Autobahn fertig gestellt werde. Man sei gespannt, welche Position die neue Landesregierung in Berlin zu diesem Vorhaben beziehen werde.

Die **Fraktion der AfD** forderte, den innerstädtischen Autobahnring zu schließen und die Anbindung an die A 114 zu realisieren. Aus diesem Grund werde man den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ablehnen. Man sei der Bundesregierung dankbar, dass sie am Bau des 17. Abschnitts von rund 4 Kilometern Länge festhalten wolle. Diese Abschnitte könnten auch teilweise unterirdisch geführt werden und man denke, dass sich die Luftqualität auf Dauer bei einem fließenden Verkehr anstelle von Staus positiv entwickeln werde.

Die **Fraktion DIE LINKE.** merkte an, dass man sehr gespannt auf das Abstimmungsverhalten der Koalition sei, die sich eigentlich für einen der beiden Anträge entscheiden müsste. Folgte man den Forderungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN oder von Teilen der SPD-Fraktion, die einen Weiterbau der A 100 ablehnten, so müssten diese dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. zustimmen. Es wäre ein „parlamentarisches Highlight“, wenn sich die Koalitionsfraktionen von der üblichen Praxis, grundsätzlich alles abzulehnen, was die Opposition beantragt, entfernen und nach ihrem Gewissen und verkehrspolitischem Sachverstand abstimmen würden.

Zu Buchstabe a

Der Verkehrsausschuss hat den Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Ausschussdrucksache 20(15)147 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD, den Antrag auf Drucksache 20/5545 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 20/1913 abzulehnen.

Berlin, den 12. April 2023

**Bernd Reuther**  
Berichterstatter

